

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Verlags-Büro)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Pensionsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 89.

Berlin, Mittwoch, 6. November 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Ein Wort zu den Ausschusswahlen. — Eisenbahnerangelegenheiten. — Eine neue Vergegnung beabsichtigt? — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Anzeigen.

### Ein Wort zu den Ausschusswahlen.

Keine Organisationsrichtung in der deutschen Arbeiterbewegung hat so schwer zu kämpfen wie die Gewerksvereine. Mit den kleinlichen und unläutersten Mitteln sucht man unsere Bewegung aufzuhalten. Umjomehr liegt uns die Verpflichtung ob, alle Kräfte anzuspannen, um die hemmenden Widerstände und Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Das wird uns aber nur dann gelingen, wenn wir tren und seit einander halten, wenn Einigkeit und Zusammenhalt in den Ortsvereinen herrscht, wenn Ausschuss und Mitglieder Hand in Hand arbeiten, getragen von dem Vertrauen zueinander. Wo diese Vorbedingungen fehlen, ist eine Vorwärtsentwicklung unmöglich.

Dieses Vertrauen zwischen der Leitung der einzelnen Vereine und den Mitgliedern wird aber nur dann vorhanden sein, wenn an der Spitze überall die richtigen Männer stehen, und da in diesem Monat fast überall die Vorstands- bzw. Ausschusswahlen stattfinden, möchten wir heute den Kollegen ihre Bedeutung einmal kurz vor Augen führen. Es steht fest, daß die Wahlen nicht immer so viel Gewicht bezeugt wird, wie sie verdienen. Hier und da glaubt man genug getan zu haben, wenn man nur einigen Kollegen die statutarisch vorgeschriebenen Vertrauensposten übertragen hat. Man fragt nicht viel danach, ob die Betreffenden auch fähig und gewillt sind, den Verein so zu führen, daß er Fortschritte macht und ein würdiges Mitglied in der Gesamtorganisation bildet. Und dann wundert man sich oft, wenn die Sache nicht vorwärts geht, wenn der Karren still steht. Gewiß, das sind Ausnahmen; aber auch solche Ausnahmen dürfen nicht vorkommen. In der Mehrzahl unserer Ortsvereine sind zweifellos die mit der Leitung der Geschäfte betrauten Kollegen ihrer Aufgabe gewachsen. Trotzdem aber muß gesagt werden, daß an vielen Orten es tatkräftige und befähigte Kollegen gibt, die entweder grundsätzlich kein Amt in Ausschuss annehmen, oder auch von den Kollegen nicht gewählt werden. Dafür kommen dann Männer an die Spitze, die vielleicht vom besten Willen für die Sache beseelt, aber trotzdem nicht in der Lage sind, alles an sie herantretenden Forderungen gerecht zu werden. Solche Zustände sind der Bewegung nicht förderlich. Wenn dann kein Fortschritt zu beobachten ist, macht sich als Folge Kleinmütigkeit und Gleichgültigkeit geltend. Auch diejenigen, die bis dahin für die Organisation gewirkt und gestrebt haben, verlieren schließlich die Lust; die Zahl der Mitglieder wird allmählich größer kleiner, und bisweilen geht ein solcher Ortsverein gänzlich ein. Diese Dinge muß man sich einmal vergegenwärtigen, wenn man an die Wahl der Vorstandsmitglieder herangeht.

Aus diesen wenigen Worten geht schon hervor, welche Vorbedingungen von den Vorstandsmitgliedern erfüllt werden müssen. Selbstverständlich gehört auch dazu, daß die an führender Stelle stehenden Kollegen überzeugungstreue Gewerksvereiner sind, die wissen, was unsere Organisation bedeutet und will, und die auch entschlossen sind, die Forderungen Geltung zu verschaffen. Wo dies der Fall ist, da ist es auch ein Leichtes, die Mitglieder für unsere Ideen zu begeistern und sie anzuspannen, dafür zu wirken und zu kämpfen. Von großer Bedeutung ist es weiter, daß die Ausschussmitglieder gehörig ver-

traut sind mit den beruflichen und organisatorischen Verhältnissen am Orte. Man wird deshalb gut tun, nicht gleich jemand, der erst zugezogen ist, in den Ausschuss zu wählen, wenn auch durchaus nicht gesagt sein soll, daß immer diejenigen am besten informiert sind, die schon lange Zeit irgendwo weilen. Denn es gibt Menschen, die den Vorgängen des öffentlichen Lebens wenig Interesse entgegenbringen und die deswegen durchaus nicht geeignet sind, an führender Stelle zu stehen.

Sin und wieder hat man ein Vorurteil gegen junge Kollegen. Das ist durchaus unangebracht. Das Alter darf keine Rolle spielen. Wir haben Kollegen, die im Dienste der Organisation grau geworden sind, trotzdem aber mit Jugendfrische ihres Amtes walteten und den jüngeren als leuchtendes Vorbild dienen können. Auf der anderen Seite aber findet man auch an vielen Orten junge strebende Kollegen, die schon frühzeitig den Wert und das Wesen unserer Bewegung erkannt haben und gewillt sind, ihre Kräfte der Organisation zu widmen. Deshalb soll man diese mit mißtraulichen Augen ansehen und ihnen den Eintritt in den Vorstand verweigern? Es ist gerade gut, wenn man die jungen Elemente rechtzeitig zur Mitarbeit heranzieht und dafür sorgt, daß, wenn die Alten abgearbeitet und müde geworden sind, gleich ein richtiger und leistungsfähiger Nachwuchs vorhanden ist. Genügend wie es zu billigen ist, daß man jungen Leuten, wenn sie eine abweichende Meinung äußern, ihr jugendliches Alter vorwirft, ebenso wenig kann es auch gutgehen werden, daß man einen tüchtigen Menschen lediglich seiner Jugend wegen vom Vorstand im Verein fernhält. Ausschlaggebend für einen Vertrauensposten darf nur das Können und der feste Wille sein, unsere Organisation zu fördern und vorwärts zu bringen.

Sind diese Grundzüge aber richtig, dann ist es auch verkehrt, wenn, was häufig vorkommt, tüchtige Kräfte eine Wahl ablehnen, weil sie die kleinen Mühen scheuen, die mit einem Vorstandsamt bisweilen verknüpft sind, oder sich Unannehmlichkeiten erlauben möchten, die sie vielleicht früher einmal gehabt haben. Wer die Fähigkeit besitzt, ein Amt zum Nutzen der Organisation auszuüben, der soll sie auch ausüben und sich nicht lange zureden lassen. Gerade mit diesem Zureden ist es eine eigene Sache. Wenn man erst lange bitten muß, daß er sich zur Übernahme eines Amtes entschließt, der ist in der Regel nicht der rechte Mann an seinem Platze. Derjenige, der etwas leisten will, entschließt sich schnell und läßt sich nicht erit mit Gewalt auf einen Posten drängen.

Wo der Vorstand bzw. der Ausschuss seine Schuldigkeit getan hat, wo die Bewegung Fortschritte gemacht hat, da wird man die Männer, die an der Spitze gestanden haben, gewöhnlich auch wieder wählen. Neuwahlen finden nur da statt, wo der eine oder der andere aus irgend welchen Gründen ein Amt nicht übernehmen kann oder will, oder wo man glaubt, daß man tüchtigere Kollegen mit der Führung der Geschäfte betrauen muß. Bleibt der alte Vorstand im Amte, dann geht gewöhnlich die Sache ruhig weiter. Tritt aber ein neuer Ausschuss an die Spitze, dann kann man bisweilen die trübe Erfahrung machen, daß die alten Vorstandsmitglieder, ob sie freiwillig auf ihr Amt verzichtet haben oder nicht wiedergewählt worden sind, ihre Hauptaufgabe darin erblicken, an dem neuen Vorstand zu mädeln und zu nörgeln und alles, was er tut, herabzujagen. Als wenn solche

Kollegen nur dadurch zeigen könnten, was sie für tüchtige Kerle sind, während die neuen Vorstandsmitglieder gar nichts leisten! So etwas ist natürlich nicht die Regel, aber es kommt doch vor, und wo es vorkommt, da leidet unsere Sache schweren Schaden. Denn solche Kollegen haben natürlich auch immer einen gewissen Anhang hinter sich, und wenn sie dann stets und ständig etwas auszusetzen haben, und womöglich nur die Sitzungen mit ihren Stänkereien ausfüllen, dann ist es mit der Einigkeit und dem Zusammenhalt, die wir so dringend notwendig haben, vorbei. Die weitere Folge ist, daß nicht nur der neue Vorstand die Lust und Liebe zur Arbeit verliert, sondern auch andere eifrige Kollegen den Sitzungen fernbleiben, weil sie es satt bekommen, fortwährend die Streitigkeiten und persönlichen Zänkereien mit anzuhören. Solche unliebbaren Dinge müssen unbedingt vermieden werden.

Deshalb richten wir an alle Kollegen und Kolleginnen die dringende Mahnung, sich der Wichtigkeit der bevorstehenden Ausschusswahlen bewußt zu sein. Nur solche Leute dürfen gewählt werden, die das Vertrauen der Mitglieder im vollsten Maße besitzen und willens und fähig sind, alle Aufgaben zu lösen, die das Vorstandsamte ihnen stellt. Wer aber an die Spitze berufen ist, der hat dann auch die Pflicht, seine besten Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen. Reigt er sich des ihm geschenkten Vertrauens würdig, tritt er mit aller Energie und bei jeder Gelegenheit für die Sache der Deutschen Gewerksvereine ein, dann werden auch die Mitglieder hinter ihm stehen, seine Arbeit unterstützen, und die Bewegung wird rüstig vorwärts schreiten. Möge also bei den Wahlen alle der Wunsch leiten, arbeitsfreudige und überzeugte Kollegen an die Spitze zu bringen. Persönliche Rücksichten müssen vollständig schweigen; einzig und allein das Interesse unserer Sache, der Wunsch, unseren Ideen größere Geltung zu verschaffen, darf ausschlaggebend sein. Galtten wir uns daran, sorgen wir dafür, daß wir überall tüchtige Offiziere haben, dann wird auch das Banner der Deutschen Gewerksvereine sich den Platz in der deutschen Arbeiterbewegung erobern, der ihm gebührt!

### Eisenbahnerangelegenheiten.

Anfang vorigen Monats hatten unser Verbandsvorsitzender Goldschmidt und der Geschäftsführer unseres Gewerksvereins der Eisenbahner Zöllner-Breslau eine Verbindung mit einigen Herren aus dem preussischen Eisenbahnministerium, wobei sich Gelegenheit bot, verschiedene Wünsche und Beschwerden der Eisenbahner vorzubringen. Die Güterbodenarbeiter in Breslau-Ost beklagten sich, wie Kollege Goldschmidt ausführte, über die ungewöhnlichen Ansvründe, die das sogenannte Kölner Kolonnenverfahren an ihre Arbeitskraft stelle. Die Dienstzeit, die früher sogar um 5 Uhr morgens begonnen habe und jetzt um 6 Uhr beginne, ziehe sich bis abends 8 Uhr hin. In diese 14tündige Arbeitszeit falle allerdings eine Mittagspause von 1-4 Uhr; aber die in den 11 Stunden Arbeit geforderten Anstrengungen gingen vielfach über die menschliche Kraft hinaus. Bei dieser Art Diensterteilung könne der Arbeiter früh seiner Familie gar nicht widmen. Um 5 Uhr früh müsse der Arbeiter aufstehen, und nach 9 Uhr abends komme er erst wieder in die Wohnung zurück. Vielfach werde die Arbeitszeit am Abend noch verlängert. Dieses System bereite auch eine gerechte Verteilung der Löhne.

Man möge doch zu dem bewährten Hamburger System zurückkehren und durch Vermehrung des Personal eine übermenschliche Quantität der Arbeitskraft vermeiden.

Nachdem Kollege Jöllner diese Klagen bestätigt und auch ein anwesender Vertreter der Breslauer Direktion zugegeben hatte, daß die Beisagenden nicht ganz von der Hand zu weisen seien, erklärte Herr Geheimrat Dr. Hoff als Vertreter des Ministers, daß dieser den dringenden Wunsch habe, berechtigten Beschwerden abzuwehren. In der Tat ist denn auch bereits Wandel geschaffen worden. Die Arbeitszeit für die Güterbodenarbeiter in Breslau-Ost beginnt jetzt wieder um 5 Uhr früh. Von 9-9 1/2 Uhr ist Frühstückspause. Von 1-3 Uhr Mittag und um 5 1/2 Uhr Schluß. Die effektive Arbeitszeit beträgt nunmehr 10 Stunden, statt bisher 11 Stunden. Die 10 Stunden liegen jetzt innerhalb von 12 1/2 Stunden, während die 11 Stunden innerhalb von 14 Stunden lagen.

Weitere Klagen betrafen die unzulänglichen Löhne der Eisenbahner in den östlichen Provinzen, also auch in Schlesien. Kollege Goldschmidt wies darauf hin, daß der niedrigste Lohn der städtischen Arbeiter in Liegnitz, der 2,80 Mk. beträgt, noch um 20 Pfennig täglich höher sei, als der Höchstlohn der Eisenbahner, da sie es nur auf 2,60 Mk. brächten. In Görlitz verdienten 107 gleichartige Arbeiter der sächsischen Staatsbahn Anfangs 2,60 Mk. Endlohn 3,40 Mk., während die preussischen Eisenbahner nur 2,40 Mk. Anfangslohn und 2,80 Mk. Endlohn hätten; mithin verdiene ein sächsischer Eisenbahner jährlich 216 Mk. mehr als ein preussischer Eisenbahner, obgleich beide in derselben Stadt und unter den gleichen Bedingungen lebten. Die gewaltige Steigerung der Lebenskosten lasse es geradezu als unbegreiflich erscheinen, wie die Leute mit so niedrigen Löhnen sich noch durchzuschlagen vermöchten. Auch in den anderen sächsischen Eisenbahnerorten ließe es um die Lohnfrage gleich schlimm. Abhilfe tue hier dringend not.

Die Herren von der Regierung konnten sich der Wichtigkeit dieser Ausführungen nicht verschließen. Allerdings wandten sie ein, daß die Mehrheit der Arbeiter noch Stützungen erhalte, von denen in der Regel nicht gesprochen werde. Es wurde aber trotzdem in Aussicht gestellt, daß den Arbeitern eine tägliche Lohnerhöhung von durchschnittlich 20-25 Pfennig gewährt werden solle, die je nach Lage der Verhältnisse auf den einzelnen täglich 10-30 Pfg. betragen solle.

Erfreulicherweise sind nach Mitteilungen aus dem Ministerium die zugesagten Lohnverbesserungen vom Minister genehmigt worden und sollen vom 1. Oktober ab Gültigkeit haben, so daß also die Erhöhungen nachgezahlt werden.

Noch mancherlei andere Fragen wurden in der Konferenz besprochen und wohlwollende Erwägung zugesichert. Auf alle Fälle ist es erfreulich, daß die Unterredung den Eisenbahnern recht erhebliche Vorteile gebracht hat.

### Eine neue Vergewaltigung beabsichtigt?

Mitte November soll in Breslau für das Braugewerbe ein neuer Tarifvertrag vereinbart werden. 1909 hat sich unser Ortsverein der Brauer vergeblich bemüht, an der damaligen Tarifberatung beteiligt zu werden. Unter wichtigen Gründen ist ihm dies von der sozialdemokratischen Organisation verweigert worden. Unsere Verbandsleitung hatte keine Kenntnis davon und konnte daher nicht eingreifen. Jetzt soll unser Ortsverein wieder gewaltsam verhindert werden, an den Beratungen teilzunehmen.

Bei den Berliner Tarifverhandlungen wurde von den Verbändlern ebenfalls wiederholt der Versuch gemacht, unsere Brauer beiseite zu schieben. Herr Syndikus Meyer, dem Leiter der Verhandlungen, danken wir es, daß die Vergewaltigungsversuche scheiterten. In ruhiger gemeinsamer Verhandlung kamen jedoch die Tarifverträge zustande, die Ordnung und ein gutes Verhältnis zwischen den Unternehmern und den Gejellen und Arbeitern schufen.

Wir wandten uns daher am 19. Oktober mit folgendem Schreiben an Herrn Syndikus Meyer: Berlin, 19. Oktober 1912.

Herrn Handelskammer-Syndikus Oskar Meyer, Stadtverordneten, Berlin.

Hochverehrter Herr Syndikus!

Durch die Reihen der Gewerbetreibenden geht wieder ein starke Erregung, nachdem bekannt geworden ist, daß sie auch diesmal wieder von der gemeinsamen Beratung über einen Tarifvertrag für das Braugewerbe in Breslau ausgeschlossen werden sollen. Die Gewerbetreibenden haben schon bei ihrer Begründung den Tarif-

gedanken in den Vordergrund gestellt und immerdar vertreten. Und wo sie in Gemeinschaft mit anderen Organisationen Tarifverträge abschließen, haben sie sich als durchaus zuverlässige Mitkontrahenten erwiesen. In unserem Ausschluß liegt also eine furchtbare Vergewaltigung. Kein geleiteter Mensch kann dies billigen wollen. Als ich in der Berliner Stadtverordnetenversammlung solche Vorgänge zur Sprache brachte, wurden sie von sozialdemokratischer Seite entweder abgelehnt, was einer Verurteilung gleichkommt, oder direkt mißbilligt. Ich möchte gern alles daransetzen, daß ich nicht mehr genötigt bin, mich über solche Dinge beklagen zu müssen, und Sie, Herr Syndikus, der Sie auch in Breslau die Verhandlungen mit gewohntem Geschick leiten werden, sind gewiß bereit, mir, bezw. dem sittlichen Recht zum Erfolg zu verhelfen. Ich bin sicher, daß auch alle Billig und gerecht denkenden Führer der sozialdemokratischen Richtung hierbei ihre Mithilfe nicht versagen werden.

Ihrer gefälligen Nachricht gern entgegensehend, bin ich mit vorzüglicher Hochachtung Goldschmidt, Vorsitzender der Deutschen Gewerbetreibenden.

Darauf erhielten wir unter dem 31. Oktober folgende Antwort:

An den Vorsitzenden der Deutschen Gewerbetreibenden, Herrn Stadtverordneten Goldschmidt, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221-223.

Hochverehrter Herr Goldschmidt! Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 19. ds. Mts. erwidere ich ergebnislos folgendes:

Ich habe den Verhandlungen, in welchen die Arbeitgeber des Breslauer Braugewerbes über die Frage der Beratung des Tarifvertrages mit den verschiedenen Arbeitnehmer-Organisationen berieten, beigewohnt. Die Gründe, weshalb hierbei beschloffen wurde, von einer gleichzeitigen gemeinsamen Beratung abzugehen, sind von mir dem dortigen Braugewerksverein demnachst mitgeteilt worden. Ergänzend bemerke ich noch, daß die Verurteilung der Arbeitgeber, die gleichzeitige gemeinsame Beratung würde zu Streitigkeiten nicht sachlicher Art und mindestens zu einer für alle Teile nachteiligen Verzögerung führen, außer in den Erfahrungen bei Abschluß des früheren Tarifvertrags noch darin ihre Stütze fand, daß nach einem Bericht der „Vollmacht“ in einer großen gewerkschaftlichen Versammlung jedes Zusammenverhandeln der gewerkschaftlich organisierten mit den nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeitnehmern für völlig ausgeschlossen erklärt wurde. Es ist mir nicht gelungen, mir die Bericht enthaltende Nummer der „Vollmacht“ icht zu verschaffen; Sie werden sie aber un schwer durch die Ihnen nahe stehende Seite in Breslau erlangen. Daß die Auffassung der gewerkschaftlichen Kreise sich seit dem nicht geändert hat, beweist mir eine Zuschrift „Aus den Kreisen der freiorganisierten Brauereiarbeiter“ in der Nummer der „Vollmacht“ vom 11. Oktober 1912; es wird darin festgesetzt, daß von den Vertretern der freien Gewerkschaften es schon 1909 abgelehnt wurde, mit den Bundesgenossen an einem Tisch zu verhandeln, und es geht deutlich daraus hervor, daß man es auch jetzt unter keinen Umständen tun wolle.

Keinen persönlichen Standpunkt brauche ich hier nicht darzulegen, denn ich habe ihn bei den Verhandlungen im Berliner Braugewerbe wiederholt dargelegt und vertreten. Ich kann allerdings nicht verkennen, daß die Verhältnisse in Breslau in mancher Hinsicht anders liegen wie in Berlin, schon wegen des im Jahre 1909 nun einmal auf Veranlassung der freien Gewerkschaften geschaffenen Präzedenzfalls. Immerhin zweifle ich nicht daran, daß die Brauereien gern bereit sein werden, in gleichzeitige gemeinsame Verhandlungen mit den verschiedenen Arbeitnehmer-Organisationen einzutreten, sobald die freien Gewerkschaften ihren Widerstand aufgeben und damit die eingangs erwähnten Gefahren für das wirtschaftlich notwendige sachliche Verhandeln beseitigt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr Sie hochschätzender Meyer.

Es wäre unerhört, wenn die sozialdemokratische Brauer-Organisation nicht zur besseren Einsicht käme und von ihrer Unzulänglichkeit abließ. Als unter Verbandsvorsitzender in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung den Sozialdemokraten eine Reihe solcher häßlicher Vergewaltigungsversuche vorwarf, antwortete man ihm, daß so etwas doch nur von den untergeordneten Leuten geschehe und könnten dafür weder die Sozialdemokraten noch die Gewerkschaften verantwortlich gemacht werden. Die Führer der sozialdemokratischen Brauerbewegung in Breslau werden indes keineswegs geneigt sein, sich zu diesen untergeordneten Leuten rechnen zu lassen, so daß wir dann auch berechtigt sind, die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaftsführer für die maßlose Unbilligkeit verantwortlich zu machen. Oder man soll dem Unrecht gehuldig entgegenreten. Wenn die Breslauer Brauereibesitzer einfach erklärten, daß sie nur gleichzeitig mit allen beteiligten

Organisationen verhandeln ließen, so wäre die Sache in Ordnung. Denn wo es nicht anders geht, können sich auch die Terroristen noch einmal, ehe sie sich blindlings in eine Dummheit stürzen. Manche Brauereibesitzer mögen sich vor einem sozialdemokratischen Pakt ihres Bieres fürchten. Es gibt aber in Breslau noch weit mehr Leute, die Bier trinken als es Sozialdemokraten gibt, und auch die könnten eines Tags kommen und sagen, wir wollen den Vergewaltigern vollen Widerstand entgegenstellen und dem sittlichen Recht zum Siege verhelfen.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 5. November 1912.

Die Gewerbeprüfungswahl in Berlin findet am 17. November von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends statt. Nur noch eine kleine Spanne Zeit trennt uns davon, und es gilt jetzt die kurze Frist, die uns noch zur Verfügung steht, gehörig auszunutzen, um ein recht günstiges Resultat zu erzielen. Die Deutschen Gewerbetreibenden haben diesmal die Liste 1. Mit ihnen treten fünf Parteien in Wettbewerb, deren Listen in folgender Reihenfolge numeriert sind: 2. Allgemeiner Deutsche Metallarbeiter-Verband (Wirtschaftliche Richtung), 3. Wahlausschuß der katholischen Arbeiter, 4. Christlich-nationaler Wahlausschuß, 5. Freie Gewerkschaften, 6. Polnische Berufsvereinigung.

Die Tatsache, daß wir bei dieser Wahl die Nummer 1 erhalten haben, besagt, daß wir unsere Kandidatenliste zuerst eingereicht haben. Die Männer also, welche die vorbereitenden Schritte für die Wahl zu tun beauftragt waren, haben ihre Schuldigkeit getan. Sie haben alles aufgeboten, um zu zeigen, daß wir auf dem Posten sind. Nun müssen aber auch die Mitglieder der Deutschen Gewerbetreibenden hinter ihnen stehen und dafür sorgen, daß die gründlichen Vorarbeiten von dem ihnen gebührenden Erfolge gekrönt werden. Wir dürfen es uns heute versagen, die Mitglieder noch einmal zu mahnen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das ist ganz selbstverständlich, daß niemand zu Späße hinter dem Ofen sitzen bleibt, wo es seine Pflicht ist, für die Ehre seiner Organisation einzutreten. Unser Appell richtet sich heute nochmals an diejenigen, die Wahlhilfe leisten wollen. Es können gar nicht genug Hilfskräfte gestellt werden. Deshalb glaube niemand, daß auf seine Person verzichtet werden könne. Jeder Einzelne muß sich am 17. November in den Dienst unserer guten Sache stellen. Wir brauchen Jettelverteiler, Radfahrer, um eilige Bestellungen zwischen den einzelnen Wahlbüros zu ermöglichen, ferner rührige Kollegen, die säumige Wähler heranziehen. Kurzum, an Beschäftigung wird es für niemand fehlen. Deshalb darf wohl mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß sich namentlich die jüngeren Kollegen, soweit dies noch nicht geschehen ist, vollzählig bei den Obmännern oder bei der Sozialen Kommission, z. Hd. des Kollegen Adolf Wrede, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 melden.

Es darf ferner nicht verjäumt werden, in den Kreisen der organisierten Arbeitskollegen für unsere Liste 1 Stimmung zu machen. Denn wir dürfen uns nicht damit begnügen, die frühere Stimmenzahl zu erreichen, sondern müssen unsere Ehre darein setzen, viel mehr Stimmen und auch mehr Siege zu gewinnen. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, wird das auch möglich sein. Allerdings ohne Kampf kein Sieg. Es gilt also alle Kräfte anzuspannen. Der letzte Mann muß herangeholt werden, von dem wir wissen, daß er unseren Bestrebungen freundlich gegenübersteht. Also auf Kollegen von Berlin! Die Gewerbetreibenden im ganzen Reich schauen auf Euch, Rechtfertigt das Vertrauen, das man auf Euch setzt.

Auf zur Wahl! Wählt Liste 1 der Deutschen Gewerbetreibenden!

Ein magerer Trost. Vor einiger Zeit ging die Mitteilung durch die Presse, daß die Zeiger Maschinenfabrik zwei Ingenieuren verboten habe, ein Amt für die Anstellungsvericherung anzunehmen. Die Nachricht wurde seinerzeit von der betreffenden Firma als unwahr binigestellt. Etwas muß aber doch wohl daran gewesen sein. Denn die „Mhein.-Westf. Ztg.“ berichtet, daß sich die beiden Ingenieure in einer Beschwerde an den Reichsanwalt gewandt und von der Regierung Schutz erbeten haben. Das Blatt teilt ferner mit, daß den Beschwerdeführern vom Reichsanwalt des Innern die Antwort zugegangen sei, daß zum Schutze der Beruferten in der Ausübung von Ehrenämtern in der Anstellungsvericherung die §§ 345 und 346 des Versicherungsvertrags für Angestellte dienen. Die Ingenieure sollten also auf Grund dieser Vorschriften den Klageweg betreten.

Wenn die Regierung den Gesetzen nicht besser Geltung verschaffen kann, dann soll sie nur einpacken. Was nutzt es denn den Anestellten, wenn sie wegen eines solchen Verbots Klage erheben? Die Folge wird sein, daß sie ihre Stellung verlieren. Deshalb zeigt auch dieser Fall, wie notwendig die Reform des Arbeitsrechts ist. Das Recht der Persönlichkeit namentlich in der Ausübung von öffentlichen Ämtern muß unbedingt besser gewahrt werden.

Statistisches aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. Seit dem 1. Januar 1910 ist aus der Gewerbeordnung der Begriff „Fabrik“ geschwunden. Deshalb werden in den Berichten der Fabrikinspektoren sämtliche Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und die diesen gleichgestellten Betriebe den Heberichten zugrunde gelegt. Im ganzen Deutschen Reich wurden im Jahre 1911 solcher Betriebe 297 969 gezählt gegen 282 592 im Jahre 1910. In diesen Betrieben wurden im Berichtsjahre beschäftigt insgesamt 6 935 657 Arbeiter gegen 6 617 584 im Jahre 1911. Erwachsene männliche Arbeiter befanden sich darunter 5 099 154 (4 868 830), erwachsene Arbeiterinnen über 16 Jahre 1 317 682 (1 259 558), und jugendliche Arbeiter im Alter von 14—16 Jahren 505 417 (476 326). Männlichen Geschlechts waren von diesen Jugendlichen 332 882 (309 101), weiblichen Geschlechts 172 535 (167 225). Kinder unter 14 Jahren wurden 13 404 (12 870) beschäftigt. Knaben waren davon 7 434, Mädchen 5 970. Sämtliche Arbeiterkategorien weisen also eine Zunahme auf. Die Zahl der von den Gewerbeaufsichtsbeamten revidierten Betriebe belief sich auf 162 227 (151 538). Das sind 54,4 Proz. sämtlicher Betriebe. In diesen Betrieben waren 5 818 994 (5 590 806) Arbeiter oder 83,9 Proz. aller Beschäftigten tätig.

Auch über die Vergehen gegen die Arbeiterschubbestimmungen seien einige Daten angegeben: Dieselben werden eingeteilt in Verstöße gegen die Gewerbeordnung und solche gegen andere Gesetze. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1910. Vergehen gegen die Gewerbeordnung wurden 19 365 mal geahndet, Verstöße gegen andere Gesetze 5249 mal. Im ganzen also waren geahndete Handlungen 24 614 zu verzeichnen gegen 22 200 im Jahre 1909. Die Zahl der verurteilten Personen wegen Verstöße gegen die Gewerbeordnung belief sich auf 18 986. Wegen anderer Vergehen wurden 5305 bestraft. Im ganzen also betrug die Zahl der verurteilten Personen 24 291 gegen 21 743 im Jahre 1909. Die Strafen zerfielen in Verweise, Geld-, Haft- und Gefängnisstrafen. Von den verurteilten Personen wurden 24 226, mithin 99,7 Proz., mit Geldstrafen bestraft. 12 mal wurde Gefängnisstrafe, 18 mal Geldstrafe verhängt. Verweise wurden 35 erteilt, 7906 Geldstrafen folgten 3 M., 11 253 3—10 M.; die übrigen waren höher. Allzu hart also sind die Verurteilungen nicht angefaßt worden, so daß eine große erzieherische Wirkung kaum erzielt werden dürfte. Die Gefängnisstrafen bezogen sich sämtlich auf rechtswidrige Verwendung von Lohnabzügen. Von den Haftstrafen sind 6 wegen Verstoßes gegen die Sonntagstrafe und 9 wegen Vergehen gegen die Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgeetze verhängt worden.

Arbeiterbewegung. Der Kampf im Dachebergewerbe zu Berlin scheint nach mehr als vierteljähriger Dauer nun doch seinem Ende entgegenzugehen. Zwar ist die Zahl der Anstößigen und Ausgesperrten nicht gesunken, aber die Unternehmer haben sich bereit erklärt, mit der Kommission der Arbeiter in Verhandlungen über einen Tarifvertrag, dessen Vorlage ausgearbeitet wird, einzutreten. — In Gera sind die in den Porzellanfabriken beschäftigten Weber in eine Wohnbewegung eingetreten. Sie haben eine 15-

prozentige Lohnerhöhung gefordert, während die Unternehmer nur 7—7 Proz. bewilligen wollten. Als deswegen die Arbeiter die Mündigung einreichten, beschloß die Unternehmerorganisation die allgemeine Aussperrung, so daß etwa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen gefündigt wurden. Nun in der ungünstigen Zeit nicht einen unnützen Kampf herauszubekämpfen, haben darauf die Arbeiter auf ihre Mehrforderungen verzichtet. — Der Streik der Holzarbeiter bei der Firma „Schlesische Holzindustrie“ (Mühlweg) in Langenöls hat mit einem Erfolge für die Arbeiter geendet. Die herangeholten Arbeitswilligen werden entlassen, irgendwelche Mahregelungen dürfen nicht stattfinden. — Auf dem Esna Brüder Kupfer- und Traktierwerk haben die Traktierer wegen Lohnsifferenzen die Kündigung eingereicht. — Der Kampf in der Uniongießerei zu Königberg i. Pr. dauert fort. Die Stillschreiber, die den Anlaß zu der Bewegung gegeben haben, sind zu dem Entschluß gekommen, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen.

In Mailand befanden sich die Buchdrucker und Seher im Auslande. Jetzt hat das in den Zeitungsdrukereien beschäftigte Personal die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihm seitens der Unternehmer ein Tarif bewilligt worden ist. Die Situation für die übrigen Arbeiter hat sich dadurch erheblich verschlechtert.

Eine neue Lade hat der Tod in die Reihen unseres Gewerkevereins der Fabrik- und Handarbeiter gerissen. Am Abend des 30. Oktober verstarb nach schweren Leiden in Lindenburg der Kollege

Julius Sandboß

im noch nicht vollendeten 60. Lebensjahre. Mit ihm ist ein rathlos tätiger und überzeugungsstarrer Gewerkevereiner dahingegangen. Unermüdet hat Sandboß seine ganze Tätigkeit in den Dienst seines Gewerkevereins gestellt, und wo es galt, für seine Ausbreitung und Stärkung einzutreten, hat er niemals gescheit. Auch was Sandboß für den Gesamtverband geleistet hat, wird ihm niemals vergessen werden. Er ist tatsächlich der Träger unserer Ideen in Lindenburg gewesen, und gern haben ihm die Kollegen seines engeren Bezirks deshalb die Führung anvertraut. Aber nicht nur einen wackeren Gewerkevereinskollegen verlieren wir in dem Talentschwandenen, sondern auch einen persönlichen Freund. Doppelt schwer also ist der Verlust, den wir zu beklagen haben. Wir werden deshalb dem Toten für alle Zeiten ein ehrendes Andenken bewahren. Allen denen aber, die ihm nahe gestanden haben und Gelegenheit hatten, mit ihm zu wirken, möge er auch über das Grab hinaus ein leuchtendes Vorbild bleiben!

Folgen der Teuerung. Daß die Behauptung, die Teuerung übe auf die Volksgesundheit einen schädigenden Einfluß aus, nicht eine leere Medensart ist, beweist ein Aufsatz, den der Kreisarzt Dr. Thomalla im „Altenaer Kreisblatt“ über die Ernährung der Schulkinder veröffentlicht. Nach den von ihm vorgenommenen Untersuchungen betrug die Zahl der ikterulösen Schulkinder in Altena im September 1911 zwischen 20 und 40 Prozent. In diesem Jahre waren aber 50—85 Prozent ikterulöse Schulkinder in derselben Stadt vorhanden. Zur Begründung dieser traurigen Erscheinung führt Dr. Thomalla u. a. folgendes aus:

„Hauptsächlich ist die mangelhafte und unzureichende Ernährung hierfür verantwortlich zu machen und somit indirekt die Teuerung aller Lebensmittel, besonders des Fleisches. Ändert sich aber in der bis jetzt üblichen Ernährung der Kinder nichts, so wird unabweisbar die Ikterulose, diese Vorläuferin der Tuberkulose, immer weiter um sich greifen. Die Zahl der bleichsüchtigen Kinder wird sich mehren, und alle diese unterernährten Körper werden den Unbilden der Bitterung weniger Widerstand leisten können, werden den Gefahren der Uebertragung von Infektionskrankheiten schutzlos gegenüberstehen.“

Daß ob dieser Feststellungen den Anarziern das Gemissen zu schlagen anfängt, glauben wir nicht. Was fragen die Herren nach der Gesundheit des Volkes, wenn nur ihr Portemonnaie gefüllt wird. Der Regierung aber sollten diese Ausführungen eines Arztes denn doch zu denken geben.

Ein Gesetzentwurf über die Unfallfürsorge für die in öffentlichem Dienst stehenden Personen wird offiziös angekündigt. Durch das Reichsgezet über die Betriebsunfallfürsorge vom Jahre 1901 ist den Angestellten in Reichsbetrieben eine weitgehende Fürsorge gegen die Folgen von Betriebsunfällen zuteil geworden. Die kommende Vorlage will die jetzt auf Beamte beschränkte Unfallfürsorge auf alle Personen ausdehnen, die freiwillig im öffentlichen Dienste bei der Rettung von Personen und Vergütung von Gegenständen zu Schaden kommen. Hierzu gehören auch die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr. Der Personenkreis, auf den sich das kommende Unfallfürsorgegezet erstreckt, ist also ein sehr ausgedehnter. Außerdem haben sich bei der Aufstellung des Entwurfs zahlreiche Schwierigkeiten bemerkbar gemacht, weil die geplante reichsweite Regelung in die Organisation der bundesstaatlichen Behörden und der Kommunalverwaltungen eingreift. Auch die Schaffung der Instanzen bedarf eingehender Erwägung. Aus allen diesen Gründen sollen zunächst Verhandlungen der beteiligten Reichsressorts mit der preussischen Regierung beginnen, um über die noch strittigen Fragen eine Verständigung zu erzielen. Dann soll der Entwurf den Bundesregierungen zur Begutachtung zugehen, und erst nach deren Stellungnahme soll die Vorlage abgeschlossen und dem Bundesrat unterbreitet werden. Nach alledem ist es gänzlich ausgeschlossen, daß der Entwurf schon in der bevorstehenden Sitzung dem Reichstage unterbreitet wird.

Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, die der Regelung dieser Materie entgegenstehen. Aber diese Schwierigkeiten werden überwunden werden. Deshalb sollte man auch gleich noch einen Schritt weitergehen und für die Männer, die freiwillig ihre Dienste der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, eine Unfallfürsorge schaffen, die nicht nur in Unfällen, bei der Rettung von Personen und Vergütung von Gegenständen, sondern bei der Ausübung ihres Amtes überhaupt eingreift hat.

Ein Eisenbahnergezet für Spanien. Der gefährliche Streik, der vor kurzem auf den spanischen Eisenbahnen tobte, konnte nur beigelegt werden dadurch, daß man den Angestellten eine Verbesserung ihrer Lage durch gezielte Regelung versprach. Das Parlament hat jetzt seine Tätigkeit wieder aufgenommen; gleichzeitig ist ihm ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, dessen Annahme die Entlohnung des den Eisenbahnern gegebenen Versprechens sein soll. Es sei vorweggenommen, daß die Vorlage sowohl in ihrem Inhalt wie in ihrer Form eine höchst leichtfertige Arbeit darstellt. In der Hauptsache beschränkt sie sich auf die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts für alle zwischen den Eisenbahnern und den Gesellschaften auftauchenden Konflikte. Diese sollen in erster Instanz von „Beratungsausschüssen“, die von den einzelnen Gesellschaften halbjährlich einzuberufen sind, in zweiter Instanz von einem aus 7 Personen bestehenden Schiedsgericht, in dem neben 5 Unparteiischen auch je ein Vertreter der Arbeiter und Gesellschaften sitzt, ausgetragen werden. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts gibt es keine Berufung mehr. Die Arbeiter, die sich nicht fügen und gegen die Entscheidung in den Streik treten, können mit sofortiger Dienstentlassung und Verlust aller Ansprüche an die Gesellschaft, im Zusammenhang mit Aufreizung sogar mit Gefängnis bestraft werden. Eisenbahngesellschaften, die einen Schiedsgerichtsanspruch aus wirtschaftlichen Gründen für unannehmbar erklären, werden eine Menge Kompensationen in Aussicht gestellt, umgekehrt aber auch die Durchführung des Schiedsgerichtsanspruchs durch staatliche Hilfe auf Kosten der Gesellschaft angebroht.

Außerdem aber sollen die Gesellschaften gehalten werden, binnen Monatsfrist von dem Inkrafttreten des Gesetzes an ein den Arbeitsvertrag, die Lohn-, Beförderungs-, Pensionsverhältnisse usw. regelndes Statut einzureichen, das von einer staatlichen Behörde durchberaten und sodann vom Minister sanktioniert werden soll. In einem Antrag zum Gesetze werden die Strafbestimmungen gegen Sabotage, d. h. Zerstörung von Material und Maschinen, erheblich verschärft und der Begriff dieses Vergehens derart erweitert, daß gegebenenfalls schon das Verlassen oder Nichtantreten des Dienstes als Sabotage aufgefaßt werden kann.

Angeichts aller dieser Dinge braucht man sich nicht zu wundern, daß der Entwurf in der Arbeiterkassette und darüber hinaus in sozial fortgeschrittenen Kreisen eine recht unfreundliche Aufnahme gefunden hat. Man tröstet sich indessen damit, daß die Vorlage nur die Grundlage für die weiteren Ver-

handlungen abgibt und vom Parlament etwas Erprobendes, als es vorläufig scheint, geschaffen werden wird.

Die 467. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 10. November, abends 7 Uhr im Beethovenaal (Kötterstraße 32) statt. Es werden mitwirken: Herr Paul Knüpfer, Kgl. Kammerjäger (Gesang), Fräulein Margarete Loewe (Gesang), Fräulein Marie Solgers (Rezitation), Fräulein Eugenie Stielz (Violoncello).

### Gewerkevereins-Teil

**Nürnberg.** Sozialdemokratischer Terrorismus vor dem Landgericht. Schon mehrfach, zuletzt in unserer Nr. 33, haben wir über einen Fall von Terrorismus berichten müssen, der sich bei der Malerfirma Raab u. Sohn in Nürnberg zugezogen hat. Die genannte Firma beschäftigte neben 14 „freiorganisierten“ Gehilfen 8 Gewerkevereinskollegen. Das Bestreben der „Genossen“ ging dahin, unsere Kollegen in den Malerverband hineinübergewöhnen. Als ihre Bemühungen bei zweien vergeblich waren, drohten sie der Firma mit der Arbeitsniederlegung, falls die Gewerkevereiner nicht entlassen würden, und diese sah sich genötigt, dem Druck nachzugeben und die zwei Gewerkevereiner zu entlassen, weil sie sich in der Hochkonjunktur in einer gewissen Zwangslage befand. Auf Veranlassung unseres Sekretariats in Nürnberg wurde die Angelegenheit dem Gericht übergeben, das 5 „Genossen“ zu je 7 und 7 „Genossen“ zu je 2 Tage Gefängnis sowie zur Tragung der Kosten verurteilte. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, weil ihnen das Bewußtsein ihrer Handlungswiese gefehlt habe. Gegen dieses Urteil wurde sowohl von den Verbändlern wie vom dem Amtsanwalt Berufung eingelegt. Die Verhandlungen darüber fanden am 25. Oktober vor dem Landgericht Nürnberg statt, und wieder, wie in der ersten Sitzung, befragten die „Genossen“ unsere Kollegen als Denunzianten, als unerträgliche Mitarbeiter u. dergl. hinzuzustellen. Der als Zeuge geladene Arbeitgeber aber widerlegte durch seine eiblichen Aussagen am besten alle diese Ausflüchte. Der Staatsanwalt, der wesentlich höhere Strafe beantragte, führte aus, daß es den allerwichtigsten Eindruck auf ihn gemacht habe, daß die Beklagten statt die Männer ihre unschöne Tat einzugehen, sich, wie verabschiedet, aufs Leugnen verlegten. Daß nicht einmal die klaren Tatsachen zugegeben würden, wirke geradezu abtötend. Die Art selbst, wie die Mehrheit die Minderheit bergewaltigt habe, sei als äußerst roh zu bezeichnen. Der Vertreter der Angeklagten, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Süßheim, bemühte vergeblich, seine Klienten wegzumachen und bewachte sich entschieden gegen den Vorwurf, als seien die „freien“ Gewerkschaften sozialdemokratisch. Die „Genossen“ trübe für die Entlassung der Gewerkevereiner überhaupt keine Schuld, denn es habe dem Arbeitgeber freigestanden, die Gewerkevereiner zu behalten und die „Genossen“ nicht mehr zu beschäftigen. Für diese Beweisführung zeigte das Gericht jedoch kein Verständnis. Es wies vielmehr beide Berufungen zurück, indem es sich im wesentlichen auf die Entscheidung des Vorgesichts stützte. Im Urteil wurde ebenfalls die rohe Bergewaltigung der Minderheit gebandmarkt. Das Koalitions-

recht dürfe auf keinen Fall das Mißbrauch werden, den politischen oder gewerkschaftlichen Gegner wie einen Auszubildigen zu behandeln und ihn wirtschaftlich zu schädigen. Das Gericht hat es als feige gestellt erachtet, daß die Angeklagten mit dem Streit den Friede verfolgten, die Gewerkevereiner in den sozialdemokratischen Malerverband zu zwingen. Wenn, wie behauptet wird, wirklich weitgehende Feindschaft zwischen den Angeklagten und den Gewerkevereiner bestanden hätte, so wäre es nicht zu verstehen, warum dann die mißliebigen Gewerkevereiner durchaus in den Malerverband hineinübergewöhnen werden sollten.

Gegen dieses Urteil des Landgerichts wird von der sozialdemokratischen „Lagespost“ Revision in Aussicht gestellt. Die Mühe sollte man sich sparen, denn es ist zweifellos, daß die „Genossen“ auch damit keinen Erfolg haben werden. Es genügt auch zur Charakteristik der Agitationsweise der Verbändler, daß nunmehr das Landgericht, das Schöffengericht und das Landgericht ihren Terrorismus verurteilt haben. Daran ändert auch die Art nichts, wie die sozialdemokratische Presse den Fall behandelte. Zur Rechtfertigung der Handlungswiese ihrer Parteifreunde hat sie angeführt, die Gewerkevereiner hätten durch ihre Denunziation bewirkt, daß schon mal ein Verbändler, ein Vater von 10 Kindern, entlassen worden sei. Demgegenüber aber hat der Arbeitgeber unter seinem Eide erklärt, daß die beiden Gewerkevereiner niemals jemand denunziert hätten, und daß jener Verbändler wegen Diebstahls entlassen wurde. Von dieser eiblichen Aussage bringt die „Lagespost“ kein Wort, ebenso wie der Bericht den Verlauf der Verhandlungen ganz falsch wiedergibt. Wahrheitsliebe und journalistischer Anstand sind eben noch niemals die starken Seiten der „Genossen“ gewesen.

### Verbands-Teil

#### Veranstaltungen

**Berlin.** Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstraße 221-23. Mittwoch, 6. Nov., abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Koll. Gustav Hartmann über: „Politik und Gewerkevereine“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerkevereins-Liedertafel (S. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr Liebungsfunde i. Verbands-hause b. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonntagsabend, 9. November. Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Funke, Triftstr. 63. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsfeier. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr im Verbands-haus, Greifswalderstr. 221-223. T. D.: 1. Anträge und Vorschlag zur Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung der Krankenkass. — Beschlußfassung über Vergütung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Abends 9 Uhr Versammlung mit Damen im Markthallen-Restaurant, Arminiusplatz. Wichtige Tagesordnung: Generalversammlung der Krankenkass. und Begräbnis-kasse. Vortrag der Magd. Gesellschaft: „Eine Reise nach dem Bodensee“ mit Lichtbildern u. anschließend Tanz. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Mitglieder anderer Ortsvereine willkommen. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung der Krankenkass. und Begräbnis-kasse bei Frau, Buttvarstraße 51. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr Schönhauser-Platz 65. Geschäftliches. Antrag des Vorstandes auf Revision des Vereinsbeschlusses vom 12. 10. Aufstellung eines Kandidaten zur Krankenkass. und Begräbnis-kasse. Berichtigung.

**Franken und Mädchen Berlin I.** Freitag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, Bücherg. 61. Vortrag des Verbands-kassierers Kollegen Lewin über: „Das spanische Kolonialreich, sein Glück und sein Ende“. Gäste herzlich willkommen.

#### Orts- und Regionalverbände

**Bremen (Ortsverband).** Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreter-sitzung in Burhop's Gesellschaftshaus, Nellenstr. 1. Bremen (Distrikterklub). Jeden Donnerstag abends 9 Uhr bei Burhop, Nellenstr. 21-23. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Honstein, Sandwerstr. 42. — **Deffau.** Gewerkevereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr Liebungsf. i. Vereinsl. „Gajan“, Marktstr. — **Dörfel-dorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abends 9-11 Uhr Sitzung i. Verbands-haus, Kurtzstr. 29. — **Elsfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-sitzung bei Roggenkämpfer, Elsfeld, Luisenstr. und Erholungstr. 46. — **Frankfurt a. O. (Gewerkevereins-lägerchor).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Liebungsfunde im Vereinslokal, Richterstr. 16. Verbands-sitzungen heral. willkommen! — **Geisenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverband-Vertreter-sitzung im Verbandslokal von E. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Kassel.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Die-lutterabend bei Ludwig. — **Halle a. S. (Ortsverband).** Der Die-lutterabend findet jeden letzten Sonntag im Monat im Ballage-Restaurant, in der Großen Brauhausstraße, statt. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Blechhof“, Lagerstraße 2. Die-lutterabend. — **Hamburg (Gewerkevereins-lägerchor).** Jeden Donnerstag Liebungsf. b. Höhnert in Altona, Einsbüttelstr. 48-50. — **Hannover-Stadten und Umgegend (Ortsverband).** Monatsvers. der Jugendabst. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steimeler. — **Hesse im Weßf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreter-sitzung bei Witwe Bülh. Ruhe, Hesse, gegenüber der evang. Kirche. — **Hersfeld (Distrikterklub)** jeden 2. Mittwoch bei Hilpe. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liedertafel).** Die Liebungsfunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Lippstadt (Ortsverband)** Sonntag, den 8. November, nachmittags 8 1/2 Uhr Versammlung in Suttrop. — **Mülheim a. Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — **Nettin (Sängerchor b. Gewerkevereine).** Die Liebungsfunde finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Nebel, Poststraße 5, statt. Stimmungsbegabte Kollegen herzlich willkommen. — **Regel (Distrikterklub für Regal, Postfach 10 u. Reinholdsdorf).** Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Kömer, Schliepestraße 28, Ecke Spönergerstraße. — **Thorn (Väder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereins-versammlung bei Nicolai, Mauerstr. 62. — **Weihenfeld a. S. (Gesangabteilung der Gewerkevereine).** Liebungsfunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schwefelhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Weihenfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntagabend im Monat Die-lutterklub in Hermann's Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Athena“.

**Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.**  
Kensal a. O. (Ortsverband). Otto Rende, Raffiner, Luisenstr. 15.

## Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Der Gewerkverein**  
Jahrgang 1911  
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbands-genossen und Vereinsbibliotheken  
**5, sonst 7 Mark**  
bei vorheriger Einsendung des Betrages.  
NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.  
Bestellungen an den Verbandskassierer  
**R. Klein,**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

**Der Zentral-Arbeitsnachweis**  
der Berliner Ortsvereine (Sitz- u. Postort)  
NO. 55, Greifswalderstraße 221-23  
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.  
Bersprecher: Amt VII, Nr. 4730.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goebcke u. Galline, Berlin W., Potsdamerstr. 110.

**An die Ortsvereine von Groß-Berlin!**  
Eine Reihe von Ortsvereinen hat noch nicht über die Jugendfeier am 29. September abgerechnet. Sie werden dringend gebeten, nunmehr endlich das Verlaumte nachzuholen.  
Der Jugendauschuss von Groß-Berlin.

**Kensal (Ortsverband).** Durchreisende Arbeitslose erhalten: Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbands-kassierer Otto Rende, Luisenstr. 15.

**Werkmünde und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mark. Karten in Lederumhänge, von Kollegen R. Berndt, Schauffstr. 19, in Torgelow b. Kollegen E. Bernillo, Karlsteibstr. 7.

**Wierach a. Rh. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 M. Ortsgehelt, beim Ortsverbandskassierer J. Schneider, Saulgauerstr. 24. Herberge zum roten Dänen, Marktplatz.

**Eisenach u. Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer D. Bennewitz, Rennbahnstraße 54.

**Weihenfeld a. S. (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

**Wädenscheid (Ortsverband).** Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgeld befindet sich beim Sekretär Fritz Kunze, Lohstr. 12.

**Jena (Ortsverband).** Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Oberlaugengasse.

**Him a. D. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Bauengasse 17.

**Worms (Ortsverb.).** Durchreisende Arbeitslose erhalten ein Ortsgehelt von 75 Pfg. im Verbandslokal „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4).

**Rothenbach und Umgegend (Ortsverband).** Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkevereiner beim Kollegen Gust. Pichel, Bauverein Nr. 87, Rothenbach i. Schl. Verbands-Herberge: Gusthof zum Klara-Schacht.

**Friedrich Raumann. Neudeutsche Wirtschaftspolitik**  
3. überarbeitete Auflage.  
Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe“), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.  
Das anschaulich und feinsinnig geschriebene Buch behandelt in den 5 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftsloft. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Wüterauskauf. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftsleben. Das Buch ist in dauerhaftem Einband für Gewerkevereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 8 M. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu richten.

Eure zung Teil. mach Koal in le man aufm Sär wieder in fo und inter den. Müß annel schaft unter als di Wirk heit Herit Hauert der P schrif feind wie a giabde stehet Berlo alles, Der hat, nur i bring Parte Orga sonde offen Selbst werkt geword der S Wahrt wir hier faum Preis Koal nicht wech Feind mein Gesch wech gen i berüß hören Und ihnen ben e Plan In richte mit Brot. Wsch jauch mann